

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Russe, Dr. Müller-Hermann, Springorum, Zeyer, Breidbach
und der Fraktion der CDU/CSU**

betr. internationale Sonderkonferenz über Energiefragen

Der Außenminister der USA hat gelegentlich seines kürzlichen Aufenthaltes in Paris eine Sonderkonferenz zur Energieversorgung vorgeschlagen, an der neben den neunzehn Mitgliedstaaten der Internationalen Energieagentur auch die übrigen fünf OECD-Staaten teilnehmen sollen. Dieser Schritt erfolgt in einer auf den Gebieten von Energiewirtschaft und Energiepolitik der westlichen Länder durch folgende Haupttatbestände gekennzeichneten Situation:

- Die Machtverhältnisse auf dem Welterdölmarkt haben sich seit 1973/1974 grundlegend geändert. Als Folge daraus sind die Dispositionsmöglichkeiten über Produktionsmengen und Preise auf die Förderländer übergegangen; eine weitgehende Umstrukturierung des internationalen Mineralölgeschäftes ist deutlich geworden.
- Der Weltenergiebedarf wird in den nächsten fünfzehn Jahren durch einen noch starken zunehmenden Importbedarf anderer Industriestaaten, darunter der USA und Japan gekennzeichnet sein.
- Für die Bundesrepublik Deutschland ist bei Erdöl eine unverändert hohe und bei Erdgas eine sogar noch steigende Importabhängigkeit festzustellen. Auch Natururan muß zu den mit großen Beschaffungsrisiken behafteten Energie-Rohstoffen gerechnet werden.
- Die Bundesrepublik und andere westliche Länder müssen bei absolut noch steigendem Verbrauch einen hohen Prozentsatz ihres Primärenergiebedarfs aus einer Weltregion mit Krisenerscheinungen und Hochrüstung importieren.
- Zur Umstrukturierung der Energieversorgung gibt es bei uns und in den anderen Mitgliedstaaten der EG bis heute keine grundlegenden Beschlüsse und Maßnahmen.

Indessen besteht für die Bundesrepublik Deutschland die um nichts verminderte Notwendigkeit, die Energieversorgung auf neue Grundlagen zu stellen und sich deshalb auch im Rahmen internationaler Bemühungen einzuschalten, wie diese jetzt vom Außenminister der USA vorgeschlagen wurden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Vermachtungstendenzen auch bei Energie-Rohstoffen weiterhin bestehen und sich u. U. sogar noch verstärken könnten, und daß die Bundesrepublik einen nahezu unverändert hohen Anteil ihres Primärenergiebedarfs aus einer Weltregion mit nicht absehbaren Krisenerscheinungen und mit Hochrüstung importieren muß?
2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß hinsichtlich einer Verminderung der Importabhängigkeit bei Energie-rohstoffen bei uns in den anderen Staaten der EG noch keine weiterreichenden Lösungen erarbeitet und beschlossen wurden?
3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die vom Außenminister der USA vorgeschlagene Sonderkonferenz über Wege und Maßnahmen zu größerer Unabhängigkeit in der Energieversorgung sinnvoll ist und innerhalb der nächsten sechs bis neun Monaten abgehalten werden sollte?
4. Was denkt die Bundesregierung im Interesse einer rechtzeitigen und umfassenden Vorbereitung auf diese Konferenz zu unternehmen?
5. Hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereits Erklärungen abgegeben, bzw. ist die Bundesregierung bereit, ihr Interesse an dieser Sonderkonferenz durch eine alsbaldige Erklärung über die Zweckmäßigkeit der Konferenz und über die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland zu unterstreichen?

Bonn, den 21. Juli 1976

Russe

Dr. Müller-Hermann

Springorum

Zeyer

Breidbach

Carstens, Stücklen und Fraktion